

# Z1

**Titel** Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.

**AntragstellerInnen**

---

## Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.

1 Programmatisch – Personell – Strukturell

2 **I. Ausgangslage**

3 Wir stellen fest: Ein Jahr nach der Bundestagswahl befindet sich die SPD in einem noch desolateren Zustand als  
4 am Wahlabend des 24. September 2017. Der Kurs der Parteiführung, die Bürgerinnen und Bürger durch gute  
5 und gewissenhafte Regierungsarbeit von der SPD zu überzeugen, trägt keine Früchte und muss mittlerweile  
6 als gescheitert betrachtet werden. Wir Jusos haben bereits Anfang des Jahres Zweifel an dieser politischen  
7 Marschrichtung angemeldet und angesichts der Erfahrungen von 2013 bis 2017 herausgestellt, dass die Mo-  
8 dernisierung und Neuaufstellung unserer Partei wohl nur jenseits der Großen Koalition erfolgreich sein wird.  
9 Dass selbst noch nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen die Losung „Zurück zur Sacharbeit“ ausge-  
10 geben wurde, macht uns fassungslos und hat vielerorts den Eindruck entstehen lassen, dass man den Ernst  
11 der Lage nicht erkannt habe.

12 Bereits in der Auseinandersetzung um den erneuten Eintritt in die Großen Koalition haben wir Jusos deutlich  
13 gemacht, dass der SPD ein ähnliches Schicksal wie ihren Schwesterparteien in den Niederlanden, Griechenland  
14 oder Frankreich drohen könnte, wenn sie die notwendigen programmatischen, personellen und strukturellen  
15 Veränderungen verschläft. Ideen, wie unsere Partei aufzustellen wäre, um neues Vertrauen zu gewinnen, lie-  
16 gen seit längerer Zeit vor, fanden bislang aber selten Eingang in das politische Handeln unserer Führungsspitze.  
17 “Die nun vermehrt angegangene kritische Aufarbeitung der rot-grünen Sozialstaatsreformen und den vieler-  
18 orts diskutierten Bruch mit den neoliberalen Logiken der Agenda 2010 begrüßen wir Jusos ausdrücklich.“ Sie  
19 werden allerdings zu einem Zeitpunkt vollzogen, zu dem die Einnahme einer veränderten Haltung von vielen  
20 als strategisch motivierter Versuch gewertet wird, die schlechten Umfragen aufzufrischen. Zu lange hat man  
21 gezögert, den Bruch mit einer Politik zu suchen, die sinnbildlich für die ideologische Geisterfahrt der letzten 25  
22 Jahre steht. Wir sagen deshalb: Die Rücksichtnahme auf das vermeintliche Vermächtnis der Alvorderen darf  
23 nie mehr dazu führen, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Partei gefährdet wird.

24 **Erneuerung in Zeiten der Großen Koalition**

25 Trotz der zahlreichen Bekundungen, dass sich die SPD radikal ändern müsse, hat die Schicksalsaufgabe „Er-  
26 neuerung“ bis zum Debattencamp im November kaum Fortschritte gemacht. In den letzten Monaten ist zu  
27 wenig passiert und zu viele Fehler der Vergangenheit sind wiederholt worden. Die Hoffnung, dass die SPD sich  
28 im vierten oder fünften Anlauf nun wirklich erneuern wird, ist nach den Erfahrungen der ersten Monate in  
29 der Großen Koalition bei vielen gänzlich erloschen. Nicht nur ein Blick in die Kommentarspalten bei Facebook,  
30 Instagram und Co., sondern auch in unsere Ortsvereine, Unterbezirke und Kreisverbände macht dies deutlich.  
31 Gerade in letzteren merkt man, dass die Vorbehalte gegen das Spitzenpersonal nach den Rück- und Tiefschlä-  
32 gen der letzten Monate zunehmen und der gewährte Vertrauensvorschuss aufgebraucht ist. Immer häufiger  
33 hört man, dass die Verantwortungsträger\*innen der oberen Parteiebenen nichts aus den Fehlern der letzten  
34 Jahre gelernt haben und die selbstformulierten Ansprüche an den Erneuerungsprozess unterlaufen:

35 a) Die SPD hat bis heute kaum den Mut aufgebracht, auf zentralen politischen Konfliktfeldern eindeutig Stel-  
36 lung zu beziehen und über die gegenwärtige Regierungsarbeit hinauszudenken. Nach wie vor bleiben wir zu  
37 häufig in der Regierungslogik verhaftet – obwohl gegenteiliges vor dem Eintritt in die Große Koalition ver-  
38 sprochen wurde. Aus der „Partei des donnernden Sowohl-Als-Auch“ ist die verzagte Partei des Weder-Noch  
39 geworden. Gerade die Äußerungen zu Hartz IV zeigen aber, dass es auch anders gehen kann. Auch wenn die

40 vorgenommene Distanzierung und der Ausblick auf ein neues Sozialstaatsmodell der Zukunft lange überfällig  
41 waren, sind sie ein erster Schritt auf dem Weg zur programmatischen Neuaufstellung unserer Partei. Wir be-  
42 kräftigen die Parteiführung, den damit eingeschlagenen Kurs der klaren politischen Profilierung fortzusetzen  
43 und auf Feldern wie der Steuer-, Asyl-, Migrations- und Umweltpolitik ebenfalls Antworten zu formulieren, die  
44 sich nicht in Formelkompromissen erschöpfen. Kritisch bleibt allerdings, dass die inhaltlichen Debatten der  
45 Bundespartei bis zum Debattencamp ausschließlich in den Lenkungsgruppen stattfanden und bislang weder  
46 Breiten- noch Tiefenwirkung entfaltet haben. Was in den Lenkungsgruppen passiert und was dort diskutiert  
47 wird, ist für große Teile der Partei ein Mysterium. Echte Ansatzpunkte zur Teilhabe von Mitgliedern gab es lange  
48 Zeit nicht. Die bisherigen Planungen vermitteln eher den Eindruck eines Erneuerungsprozesses von oben. Re-  
49 gionalkonferenzen, wie sie für das Jahr 2019 angesetzt sind, haben sich in der Vergangenheit oft als Partizipa-  
50 tionsfassaden erwiesen, die dazu genutzt wurden, den vorgegebenen Kurs der Parteiführung zu legitimieren,  
51 ohne auf die Einwände der Mitglieder einzugehen. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen.

52 b) Die Neustrukturierung der SPD lahm, wird zudem schlecht kommuniziert und wirbelt, wie die Entscheidung  
53 rund um die Historische Kommission gezeigt hat, extrem viel Staub auf. Dass die Vorbereitungen zur Europawahl  
54 bislang noch in den Kinderschuhen stecken und programmatische Festlegungen erst im März 2019 ge-  
55 troffen werden, offenbart, dass die SPD an ihrer Spitze bislang keine wahrnehmbaren Konsequenzen aus den  
56 Fehlern der letzten Wahlkämpfe gezogen hat und Defizite in Sachen Kampagnenfähigkeit aufweist. Stringente  
57 und termingerechte Prozesse sind jedoch das A und O für eine funktionierende Organisation, die ihre Mitglie-  
58 der und Parteistrukturen ernst nimmt. Der SPD und ihrem Personal gelingt es darüber hinaus kaum, über den  
59 Koalitionsvertrag hinaus eigene Themen auf die politische Agenda zu setzen und positiv in der Öffentlichkeit  
60 zu kommunizieren. Stattdessen überwiegen Defizitdiskurse, die vor allem das Resultat von selbstverschulde-  
61 ten politischen Fehlern sind, wie sie zum Beispiel jüngst in der Causa Maaßen gemacht wurden. Die Antwort  
62 hierauf kann nicht sein, dass wir uns symbolisch unterhaken und Probleme weglächeln.

63 c) Wir Jusos halten nach einem Jahr „Erneuerung“ ernüchtert fest, dass die gebetsmühlenartige Wiederholung  
64 des Mantras „jünger und weiblicher“ kaum etwas an den Chancen für junge Menschen in der SPD geändert  
65 hat. Zwar konnten vereinzelt Erfolge für Jusos bei der Wahl von Landes- und Bezirksvorständen verbucht wer-  
66 den. Doch vor allem die Kandidat\*innenaufstellung zur Europawahl hat gezeigt, dass man gerade auf Landes-  
67 und Bezirksebene nicht bereit ist, die Funktionslogik der letzten Jahrzehnte zu durchbrechen. Es zeigt sich  
68 außerdem, dass Personalentscheidungen immer noch zu oft durch den gliederungsdurchsetzenden Regio-  
69 nalproporz dominiert werden anstatt die persönlichen Fähigkeiten der Kandidierenden in den Vordergrund  
70 zu stellen. Wenngleich die Verteilung der Mitglieder im Bundesgebiet ein wichtiger Faktor ist, so darf er nicht  
71 der allein entscheidende sein. Stand heute sind alle neuen Juso-Kandidaturen für das Europäische Parlament  
72 bei ihrem Versuch, über ihren Bezirk oder Landesverband auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt zu  
73 werden, gescheitert. Erst auf Druck unseres Verbandes konnte erzielt werden, dass der Listenvorschlag des  
74 Parteivorstands die Interessen und Repräsentation junger Menschen berücksichtigt. Dass uns Andrea Nah-  
75 les und Lars Klingbeil an dieser Stelle unterstützt haben, ist für uns bei aller geäußerten Kritik ein wichtiges  
76 Zeichen politischer Führung und des Verständnisses für grundlegenden Erneuerungsbedarf. Die Listenauf-  
77 stellung zur Europawahl zeigt zudem, dass die Ursachen für die gegenwärtige Krise der SPD nicht allein in der  
78 Bundespartei, sondern auf allen Gliederungsebenen zu suchen sind. Den Funktionär\*innen auf Landes- und  
79 Bezirksebene sei deshalb zugerufen: Es reicht nicht, Verantwortung für die Neuaufstellung der SPD zu dele-  
80 gieren und über andere, vornehmlich die Bundespartei, zu schimpfen. Echte Erneuerung beginnt vor Ort und  
81 liegt auch in eurer Verantwortung – und in unserer.

#### 82 **GroKo? Weiterhin nein, danke!**

83 Dass es der SPD kaum gelingt, mit den wenigen Ideen, die sie jenseits der Regierungsverantwortung entwickelt,  
84 durchzudringen, hat nicht nur mit ihrer inneren Verfasstheit und Aufstellung zu tun, sondern ist vor allem auf  
85 die Große Koalition zurückzuführen. Ihr Auftreten unterläuft in nahezu allen Punkten jene Vorgaben, auf die  
86 man sich in der Präambel des Koalitionsvertrags verständigt hat. Von neuer Politik, die das Vertrauen in Staat,  
87 Parteien und Demokratie erneuert, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Der Dauerstreit in der Große Koalition  
88 und vor allem das Auftreten der christdemokratischen bzw. -sozialen Regierungsmitglieder tragen maßgeb-  
89 lich zum Glaubwürdigkeitsverlust demokratischer Institutionen bei. Bundeskanzlerin Merkel regiert nach dem  
90 Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit und lässt Bundesinnenminister Seehofer mehrere Monate  
91 die politische Agenda der Bundesregierung diktieren. Erst der Asylstreit, dann die Causa Maaßen. Die CSU  
92 hat die Republik in Geiselschaft gehalten. Das offene Sympathisieren mit Positionen und Gewährleuten der

93 radikalen Rechten sowie die mehrfache Infragestellung rechtsstaatsstaatlicher Grundsätze durch den Bun-  
94 desinnenminister und weitere Unionsmitglieder machen deutlich, dass mit ihnen keine Regierung zu bilden  
95 ist. Die SPD muss sich in dieser Situation deshalb fragen, ob sie eine derart aufgestellte Bundesregierung noch  
96 im Amt halten möchte – und zwar unabhängig davon, dass unsere Ministerinnen und Minister auf manchen  
97 politischen Feldern konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserer Gesellschaft erzielen.

98 Wir Jusos haben aber nicht nur ein Problem mit der Performance der Großen Koalition, sondern kritisieren  
99 vor allem ihre politische Ideenlosigkeit. Seitdem der Koalitionsvertrag vorliegt, haben wir mehrfach herausge-  
100 stellt, dass es sich um eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners handelt. Der Koalitionsvertrag lässt  
101 weitreichende Antworten auf Zukunftsfragen wie Umverteilung, Renten-, Sozial- oder Gesundheitspolitik ver-  
102 missen und ist alles in allem ein Bekenntnis zum Status Quo, zum Aussitzen und zum Vertagen von Problemen.  
103 Dies liegt weniger an der SPD als an der Union, die in fast allen politischen Bereichen andere politische Ziel-  
104 vorstellungen als unsere Partei hat. Infolgedessen ist auch die Abarbeitung von bereits vereinbarten Projekten  
105 schwierig: Der groß angekündigte „Pakt für den Rechtsstaat“ ist immer noch nicht umgesetzt. Insbesondere  
106 Bayern und NRW – zwei unionsgeführte Bundesländer – blockieren im Bundesrat entsprechende Initiativen  
107 für die Finanzierung. Die Finanztransaktionsteuer kommt nicht. Es werden immer noch Waffen in die Länder  
108 exportiert, die am Jemenkrieg beteiligt sind. Statt einer fairen Handelspolitik bekamen wir mit JEFTA nun TTIP  
109 2.0. Ein humaner Umgang mit Geflüchteten ist mit der Union nicht zu machen. Der Prozess um die Erstellung  
110 des Einwanderungsgesetzes dauert – trotz anderslautender Verabredung im Sommer – quälend lang und ob  
111 es mit dem Spurwechsel eine Kernforderung der SPD in das Gesetz schaffen wird, ist unklarer denn je.

112 Die Große Koalition schafft es zudem oft nicht, auf tagespolitische Herausforderungen adäquat zu reagie-  
113 ren. Bei den Schlussfolgerungen aus dem Diesel-Skandal ist die Industrie bislang aus der Verantwortung ent-  
114 lassen worden und wesentliche politische Maßnahmen als Reaktionen auf den größten Steuerbetrug in der  
115 bundesdeutschen Geschichte (die Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte) stehen nach wie vor aus. Die Bundes-  
116 regierung verletzt mit ihrem (fehlenden) Handeln das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen, die in ihrem  
117 Alltag für weit weniger zur Verantwortung gezogen werden, während Konzerne und Banken ohne Angst vor  
118 harten Sanktionen nach Belieben schalten und walten dürfen. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Bun-  
119 desinnenminister und den Verfassungsschutzpräsidenten Dr. Maaßen verwiesen – ersterer hat bereits zwei  
120 Regierungskrisen verursacht, letzterer sollte trotz gravierender Fehler auf eine Stelle mit höherer Besoldung  
121 versetzt werden. Die Hoffnung, dass Seehofer nach der Bayernwahl fällt und sich das Problem von alleine er-  
122 ledigt, hat sich bisher nicht erfüllt. Und selbst wenn Seehofer seinen Posten räumt bzw. räumen muss, ist das  
123 eher Ausdruck unionsinterner Machtkämpfe als unserer politischen Durchsetzungskraft. Die Koalitionskrisen  
124 zeigen vielmehr, dass die SPD aus Angst vor einem Ende der Großen Koalition letztlich dazu bereit zu sein  
125 scheint, sämtliche Kröten zu schlucken, die ihr vorgesetzt werden. In diesem Jahr waren es die rechtswidrige  
126 Fiktion der Nichteinreise und die fehlende Entlassung von Hans-Georg Maaßen aus dem Staatsdienst. Dass  
127 letzteres richtig gewesen wäre, wird durch die Tatsache, dass Herr Maaßen sich mittlerweile im einstweiligen  
128 Ruhestand befindet, nur noch unterstrichen.

## 129 II. SPD. Wie geht's weiter? Unsere Festlegungen

130 Auch nach dem Ende der Debatte um den Eintritt in die Große Koalition erhalten wir Jusos massiven Zuspruch  
131 zu unseren Inhalten und Positionen; sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit setzt man große Hoff-  
132 nungen auf unseren Verband, dieser Verantwortung, sowie der Gefahr, diese Erwartungen zu unterlaufen,  
133 sind wir uns bewusst. Dennoch wollen wir den Kampf um eine andere, eine moderne und linke SPD entschie-  
134 den weiterführen und ein fortschrittliches Angebot an alle formulieren, die sich gegen den gesellschaftlichen  
135 Rechtsruck stellen und mit der Zementierung des Status Quo unzufrieden sind. Wir werden die SPD wieder an  
136 die Spitze derjenigen gesellschaftlichen Kräfte stellen, die die grundsätzlichen Umwälzungen der Gegenwart  
137 emanzipativ gestalten wollen.

138 Eine Voraussetzung zur Einnahme dieser Rolle ist allerdings, dass sich die SPD aus der Gefangenschaft der  
139 Regierungszusammenarbeit mit der Union emanzipiert. Deshalb halten wir heute erneut deutlich fest: **Die-**  
140 **se Große Koalition war, ist und bleibt ein politischer Fehler.** Die jüngsten Ereignisse unterstreichen die  
141 Notwendigkeit, die Regierungszusammenarbeit eher früher als später aufzukündigen. Auch die Landtagswahl-  
142 en in Hessen und Bayern haben schließlich bewiesen, dass von der Erneuerung weder bei der Parteibasis  
143 noch bei den Wähler\*innen etwas ankommt. Daher ist es unerlässlich den Erneuerungsprozess zu beschleu-  
144 nigen und damit auch inhaltlich einen echten Neustart zu schaffen. **Wir setzen uns deshalb dafür ein, den**  
145 **ordentlichen Parteitag zur Evaluation der Großen Koalition vorzuziehen,** und werden uns parallel da-

146 zu in die programmatische wie personelle Erneuerungsdiskussion einbringen. Wir sind nicht getrieben von  
147 Revanchismus oder verletztem Stolz, sondern von Sorge um die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen  
148 Sache.

### 149 ***II.1. Mutig den linken Aufbruch wagen! Unsere Ideen für eine linke SPD***

150 In den vergangenen Monaten haben wir in unserem Verband unterschiedliche Möglichkeiten geschaffen und  
151 Räume bereitgestellt, um Ideen für die programmatische Neuaufstellung der SPD zu entwickeln. Sowohl auf  
152 unseren Verbandswochenenden als auch in unseren Ideenlaboren sind Genossinnen und Genossen aus der  
153 ganzen Republik zusammengekommen, um an einem neuen Zukunftsentwurf zu arbeiten. In den Debatten  
154 wurde dabei mehrfach die Notwendigkeit betont, die programmatischen Irrwege unserer Partei aufzuarbeiten  
155 und progressive Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen und absehbaren Zukunftsfragen zu fin-  
156 den. Deshalb halten wir an unserer Forderung nach **Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms** fest! Die  
157 erarbeiteten Zwischenergebnisse aus diesem Jahr wollen wir gemeinsam mit dem Verband weiterentwickeln  
158 und in den Diskussionsprozess unserer Mutterpartei einspeisen.

159 Wir lassen uns dabei von unseren Grundwerten und unserer Vorstellung vom demokratischen Sozialismus  
160 leiten. Unser Ziel ist die gerechte Gesellschaft, in der politisches und ökonomisches Handeln nicht länger auf  
161 das einseitige Erzielen von Gewinnen ausgerichtet ist. Ein Schritt auf diesem Weg muss auch der **Kampf um**  
162 **linke Mehrheiten**, konkret für ein **rot-rot-grünes Regierungsprojekt**, auf Bundesebene sein, das Reformen  
163 einleitet, die die Grundlage für eine grundsätzliche Veränderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse bil-  
164 den. Erreichen wir ein solches rot-rot-grünes Regierungsprojekt, ist damit aber noch nicht unser Ziel erreicht,  
165 sondern bloß ein Schritt auf dem Weg dorthin gemacht.

166 Folgende Punkte möchten wir an dieser Stelle besonders hervorheben:

#### 167 *a) Umverteilung und Investitionen – Nehmt es den Reichen, gebt es Allen*

168 Die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe ist für uns Jusos ein wichtiges Anliegen: Um dieses Ziel zu  
169 erreichen, müssen wir unseren Blick auf die materiellen Voraussetzungen richten und die himmelschreienden  
170 Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft angehen. Neben der Primärverteilung über gute Arbeit begreifen  
171 wir die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als einen zentralen Ansatzpunkt unseres politischen  
172 Handelns. Wir wollen starke Schultern stärker belasten, um der wachsenden Armut und der Ausgrenzung von  
173 Menschen einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig müssen wir durch gerechte steuer- und finanzpolitische  
174 Maßnahmen den Spielraum für staatliche Investitionen erweitern und damit die Angebote der öffentlichen  
175 Daseinsvorsorge ausbauen – von der Infrastruktur, über die Finanzierung von Kommunen, bis hin zur Kultur-  
176 und Bildungspolitik. Sinnvolle und entlastende Maßnahme wären z.B. ein kostenloser öffentlicher Verkehr mit  
177 gut ausgebautem Netz sowie der Aufbau staatlicher Wohnbaugesellschaften, die in der Lage sind, den horren-  
178 den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu beheben. Daher können schwarze Nullen für uns kein Zweck von  
179 Finanzpolitik sein. Die Gerechtigkeit, der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Zukunfts- und Innovations-  
180 fähigkeit der Wirtschaft hängen an einem Staat, der bereit ist, mutig in die Zukunft zu investieren.

181 Um das Vermögenswachstum und die Kapitalkonzentration in den Händen von wenigen aufzubrechen, for-  
182 dern wir eine wirksame Reform der Erbschaftsteuer und eine Reaktivierung der Vermögensteuer. Wir spre-  
183 chen uns außerdem für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Erhöhung der Körperschaftsteuer  
184 aus. Darüber hinaus bedarf es einer Kapitalertragsteuer, die Einkünfte aus Kapitalvermögen höher besteuert  
185 als solche aus Erwerbsarbeit. "Die Gewerbesteuer muss auf breitere Füße gestellt werden. Freiberufler\*innen  
186 wie Ärzt\*innen und Anwält\*innen sind einzubeziehen. Die aktuellen Bestimmungen, welche den Kommunen  
187 die Festsetzung der Hebesätze überlassen, führen dazu, dass Städte starke Konkurrenzkämpfe führen und  
188 kommunales Steuerdumping betrieben wird. Dies muss beendet werden. Es darf keine deutschen Steueroa-  
189 sen geben. Daher muss wieder das Prinzip gelten, wo die Wertschöpfung des Unternehmens stattfindet muss  
190 auch gezahlt werden. Ferner muss die Gewerbesteuer so reformiert werden, dass es für Unternehmen nicht  
191 mehr möglich ist, Verluste im Ausland mit den Gewinnen vor Ort zu verrechnen."

192 Wertschöpfung, die im Rahmen des technischen und digitalen Fortschritts zunehmend nicht mehr durch Be-  
193 schäftigte, sondern durch Maschinen und Algorithmen erwirtschaftet wird, muss zu einem gerechten Anteil an  
194 die Gesellschaft zurückfließen und dabei insbesondere die gerissenen Löcher in den sozialen Sicherungssys-  
195 temen schließen. Wir wollen Fortschritt nicht ausbremsen, sondern ihn gesellschaftlich nutzbar machen. Wir  
196 ermutigen die Parteispitze deshalb, die begonnenen Diskussionen über eine geeignete Besteuerung dieser

197 Form der Wertschöpfung zu einem praktikablen Ergebnis zu bringen.

198 *b) Weg mit Hartz IV – das Vertrauen in den Sozialstaat wiederherstellen*

199 Viele Menschen in unserer Gesellschaft kämpfen mit Abstiegsängsten. Diese Verunsicherung ist unter ande-  
200 rem das Ergebnis des Umbaus des bundesrepublikanischen Sozialstaats unter neoliberalen Vorzeichen. Infol-  
201 gedessen wird der Staat vor allem von Menschen, die sich in Krisensituationen wie Armut oder Arbeitslosigkeit  
202 befinden, nicht mehr als Partner\*in, sondern als bevormundend und gängelnd wahrgenommen. Auch die Spit-  
203 ze der SPD sieht mittlerweile ein, dass sich etwas grundlegend ändern muss. Aber wie soll der Sozialstaat der  
204 Zukunft aussehen, und was kommt nach Hartz IV?

205 Wir Jusos streben nach einer Gesellschaft, deren Mitglieder solidarisch füreinander eintreten und sich darauf  
206 verlassen können, dass sie im Falle von Krisen und Schicksalsschlägen aufgefangen werden. Niemand soll in  
207 belastenden Situationen mit der Angst konfrontiert werden, in Armut zu rutschen. Arbeitslosigkeit ist kein in-  
208 dividuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem, für das es folglich gesellschaftliche bzw. politische Antwor-  
209 ten bedarf. Marktabhängigkeiten sowie der Wandel der Arbeitswelt – inklusive sich permanent verändernder  
210 Ausbildungs- und Qualifikationsansprüche an Arbeitnehmer\*innen – sind nur zwei von mehreren Ursachen,  
211 die Arbeitslosigkeit und den Abstieg in Armut bedingen können.

212 Um darauf adäquat reagieren zu können, brauchen wir Maßnahmen wie das Chancenkonto. Sie sollen jede\*n  
213 individuell in Bereichen wie Weiterbildung und Qualifikation unterstützen, denn unser Ziel sind Wege in Be-  
214 schäftigung und nicht Trostpflaster für strukturelle Erwerbslosigkeit.

215 Eine der maßgeblichen und berechtigten Ängste im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen ist der extrem  
216 schnelle Fall in die Grundsicherung. Die Bezugsdauer im Arbeitslosengeld I wollen wir deshalb, angelehnt  
217 an die Dauer der Beschäftigung, grundsätzlich verlängern. Im Bereich des Arbeitslosengeld II wollen wir die  
218 Sanktionen ersatzlos streichen, weil wir die Grundsicherung qua Definition für eine nicht kürzbare Leistung  
219 halten. Die Anrechnung von Schonvermögen bei der Anspruchsprüfung auf ALG II-Leistungen muss deutlich  
220 entschärft werden und das Prinzip der Lebensleistung muss dabei erhalten und ausgebaut werden. Der Re-  
221 gelsatz muss endlich dem soziokulturellen Existenzminimum angepasst werden und damit deutlich steigen.  
222 Die schwarz-gelbe Entscheidung aus dem Jahr 2011, wonach der Richtwert für die Regelsätze nicht mehr die  
223 Ausgaben der 20% Haushalte mit den niedrigsten Einkommen ist, sondern nur noch die 15% Haushalte mit  
224 den niedrigsten Einkommen, war und ist ein billiger Taschenspielertrick und gehört überwunden. Zusätzli-  
225 che Einzelansprüche (zur Geltendmachung von einmaligen Belastungen des persönlichen Bedarfs wie Wasch-  
226 maschinen o.ä.) sollen zudem ermöglicht werden. Leistungen wie Strom- oder Mobilitätskosten dürfen nicht  
227 mehr pauschal veranschlagt werden, sondern müssen den tatsächlichen Bedarf abdecken. Zuverdienstmög-  
228 lichkeiten müssen großzügiger ausgestaltet werden. Das Lohnabstandsgebot ist dabei wichtig, sollte aber von  
229 einem armutsfesten Mindestlohn her gedacht werden, und nicht von einer möglichst bescheidenen Grundsich-  
230 cherung.

231 Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften muss abgeschafft und durch individualisierte Ansprüche für jedes  
232 Individuum ersetzt werden. Kinder müssen unabhängig davon durch exzellente Infrastruktur und eine Kin-  
233 dergrundsicherung abgesichert sein, die das Versprechen der Gleichwertigkeit aller Kinder erfüllt und dem  
234 Einkommensteuersatz der Eltern unterstellt ist. Unser Sozialversicherungssystem wollen wir insgesamt so um-  
235 bauen, dass zukünftig alle Menschen, die erwerbstätig sind, in die Systeme einbezogen werden. Neben der  
236 Gesundheits- und Pflegeversicherung, die wir zu einer Bürger\*innenversicherung, und der Arbeitslosenversi-  
237 cherung, die wir zu einer Arbeitsversicherung umbauen wollen, soll dieser Schritt auch die Rentenversiche-  
238 rung umfassen. Mit Blick auf diese halten wir es für dringend geboten, das Rentenniveau auf über 50 Prozent  
239 anzuheben und ein Leben im Alter ohne Armut zu ermöglichen. Der Steuerzuschuss ist dementsprechend zu  
240 erhöhen und beitragsfremde Leistungen zukünftig, ebenso wie eine zu schaffende Mindestrente – die deutlich  
241 über dem Grundsicherungsniveau liegt – für langjährig Versicherte, aus Steuermitteln zu finanzieren. Entwür-  
242 digende Bedürftigkeitsprüfungen für die Mindestrente, wie sie die Union möchte, sind ein Schlag ins Gesicht  
243 der Betroffenen und werden von uns abgelehnt. Ebenso wollen wir uns für einen flexibleren Übergang in die  
244 Rente starkmachen, wobei wir eine allgemeine Erhöhung des Renteneintrittsalters ausschließen.

245 *c) Gute Arbeit von morgen*

246 In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse drastisch gestiegen. Immer  
247 häufiger begegnet man Menschen, die Mehrfachbeschäftigungen nachgehen müssen, 30 bis 40 oder mehr

248 Stunden arbeiten und immer noch von Armut betroffen sind. Wir wollen diese unhaltbaren Zustände und  
249 Arbeitsbedingungen, die den Menschen kein sicheres und gutes Leben ermöglichen, überwinden. Um das  
250 zu erreichen, sind gesetzliche Regelungen notwendig. Ein mittelfristiges Ziel ist zudem, mehr privat geleis-  
251 tete Teilbereiche der Care-Arbeit, wie beispielsweise Pflege von Angehörigen und Erziehung von Kindern, in  
252 Erwerbsarbeit zu überführen und zu entlohnen. Langfristig wollen wir Leiharbeit abschaffen. Wir fordern au-  
253 ßerdem das Ende von sachgrundloser Befristung und die massive Einschränkung der Sachgründe, um mehr  
254 Sicherheit für viele Arbeitnehmer\*innen zu schaffen. Durch die Einführung einer sogenannten Befristungsent-  
255 schädigung, wollen wir den restlichen befristeten Arbeitnehmer\*innen aufgrund der bestehenden Unsicher-  
256 heit eine Ausgleichsleistung zukommen lassen. Durch steigende Tarifbindung – insbesondere durch die Allge-  
257 meinverbindlichkeit von Tarifverträgen – und eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf eine armutsfeste  
258 Höhe von heute mindestens 12,63€ wollen wir auch wieder für eine bessere Entlohnung von Arbeitnehmer\*in-  
259 nen sorgen. In der Balance zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu schaffen. Hierbei ist eine neue Arbeitszeitregelung not-  
260 wendig, die maximal acht Stunden pro Tag und nicht mehr als 30 Stunden pro Woche umfasst. Ein individuell  
261 gestaltbares Recht auf Nichterreichbarkeit kann eine zeitgemäße Antwort auf den Wahn der permanenten Er-  
262 reichbarkeit sein und dabei individuelle Wünsche nach Flexibilität berücksichtigen. Die universelle Ausbildung  
263 nach Berufsbildern soll erhalten und u.a. mit einem zeitgemäßen Berufsbildungsgesetz dafür gesorgt werden,  
264 dass alle Ausbildungsarten eine Vergütung bekommen, von der Auszubildende ihren eigenen Lebensunterhalt  
265 bestreiten können.

266 Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen setzt voraus, dass alle Bereiche unseres Lebens demokratisiert wer-  
267 den. Die Arbeits- und Wirtschaftswelt ist in diese Forderung eingeschlossen. Wir wollen bisherige demokrati-  
268 sche Strukturen in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen erhalten und stärken. Aus diesem Grund fordern  
269 wir, dass die Einflussmöglichkeiten von Personal- und Betriebsräten sowie Jugend- und Auszubildendenver-  
270 tretungen erweitert werden und wollen die Gründung von Betriebsräten erleichtern. In Betrieben, in denen  
271 kein Betriebsrat existiert, soll trotzdem die Möglichkeit bestehen, JAVs zu gründen. Doch das reicht nicht: Um  
272 die Wirtschaft weiter zu demokratisieren und gerechter zu gestalten, fordern wir, dass Mitarbeiter\*innen auch  
273 Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen im Betrieb nehmen. Betriebliche Mitbestimmung muss daher  
274 auch unternehmerische Mitbestimmung einschließen.

275 Schließlich muss die Ausweitung der unternehmerischen Mitbestimmung in letzter Konsequenz dazu überge-  
276 hen, die Organisation und Ausrichtung des Unternehmens gänzlich in die Hände der Beschäftigten zu übertra-  
277 gen. Anders als Manager\*innen und kapitalistische Unternehmenseigentümer\*innen haben die Beschäftigten  
278 nicht nur den Profit ihres Unternehmens als obersten Zweck im Auge, sondern auch andere gesellschaftliche  
279 Ziele. Wir können es uns nicht länger leisten, dieses Potential ungenutzt zu lassen. Wir streben daher die  
280 schrittweise und gemeinwohlorientierte Vergesellschaftung von Produktionsmitteln an und wollen unsere ge-  
281 meinsame Produktion demokratisch und sozialistisch organisieren. Das Vertrauen in den Sozialstaat wieder  
282 herzustellen heißt auch, dass es keine Verteilungskämpfe zwischen denen, die wenig haben und denen, die  
283 gar nichts haben, geben darf. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, müssen auch gut bei uns ankom-  
284 men können. Dafür braucht es massive Investitionen in die Integration. Integration ist eine große Aufgabe,  
285 die wir nur bewältigen können, wenn wir sie als solche anerkennen. Jeder Mensch soll dieselben Chancen und  
286 ein Recht auf Teilhabe in allen Facetten bekommen. Inklusion gehört dabei genauso zu unserem Sozialstaat  
287 wie die Integration und diese soll nicht nur auf Neben Bühnen stattfinden, sondern auch in Schulen und dem  
288 ersten Arbeitsmarkt.

#### 289 *d) Schulchaos beseitigen – für eine demokratische Schule für alle!*

290 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Sie verteilt Zugangschancen zum Ar-  
291beitsmarkt, hat Einfluss auf die Verteilung materieller Güter und beeinflusst die Art und Weise unserer Le-  
292bensführung. In kaum einem anderen Industrieland hängen die Chancen auf Bildungserfolg aber so stark von  
293der familiären und sozialen Herkunft ab wie in der Bundesrepublik. Dieser Befund ist keineswegs neu, wird  
294seit Jahrzehnten immer wieder festgestellt und beeinflusst die bildungspolitische Debatte seit den sechziger  
295Jahren. Wie wir wissen, hat sich seitdem einiges getan. Vor allem die von Sozialdemokrat\*innen vorangetrie-  
296bene Bildungsexpansion der Sechziger und der PISA-Schock im Jahr 2001 haben die Bildungslandschaft nach-  
297haltig verändert; die grundlegenden strukturellen Ursachen für die bestehenden Bildungsungerechtigkeiten  
298wurden allerdings nicht angegangen. Als politischer Handlungsraum gilt heute vor allem die einzelne Schule;  
299diese soll eigenständig Schulkonzepte, Fördermodelle und andere Angebote zur Gestaltung des Schullebens  
300formulieren. An die Frage der übergeordneten Schulstruktur traut sich heute kaum jemand mehr heran. Das

301 gilt insbesondere für unsere Partei. Nach Widerständen von bürgerlichen Elternverbänden und konservativer  
302 Interessenvertretungen gegen progressive Reformvorschläge ist die Angst vielerorts groß, durch die Infrage-  
303 stellung des mehrgliedrigen Schulsystems und damit insbesondere des Gymnasiums potenzielle Wählerinnen  
304 und Wähler zu verschrecken.

305 Dass die Schulstrukturfrage weitestgehend ungestellt bleibt, hat fatale Folgen. In der Bundesrepublik hat sich  
306 ein Chaos aus Schulformen und -systemen etabliert, das weder gerecht noch leistungsfähig ist. Vielen jungen  
307 Menschen wird ihr Recht auf Bildung und auf individuelle Förderung ihrer Talente verwehrt. Das wollen wir  
308 nicht länger hinnehmen. Wir Jusos setzen uns deshalb für eine bundesweite Vereinheitlichung der Schulstruk-  
309 turen zugunsten der Einführung einer demokratischen Schule für alle ein! Die selektiv-sozialkonservative  
310 Schulstruktur aus vor-demokratischen Zeiten gehört überwunden. Wir fordern einer zehnjährigen Gemein-  
311 schaftsschule, die mit binnendifferenzierten Unterrichtsmodellen alle Schülerinnen und Schüler am Ende der  
312 Sekundarstufe I zu einem ersten allgemeinbildenden Schulabschluss führt. Dieser Abschluss soll entweder den  
313 Weg in eine dreijährige Sekundarstufe II oder in die Berufsbildung ebnen. Die Gemeinschaftsschule ist dabei  
314 als flexibles Modell anzulegen, das schrittweise aus der bestehenden Schulstruktur entwickelt und anhand von  
315 örtlicher Gegebenheiten wie z.B. Schulgebäuden gestaltet wird.

316 Die Änderungen der Schulstruktur müssen durch starke demokratische Elemente ergänzt werden. Demokratie  
317 darf nicht nur beiläufiger Lerninhalt mancher Fächer sein, sondern muss im Schulalltag jederzeit verankert und  
318 erfahrbar sein. Alle Personen müssen sich in den Schulen in den entsprechenden Gremien auf Augenhöhe  
319 begegnen können und dementsprechend gleichberechtigt vertreten sein. Die Handlungsfelder der Gremien  
320 müssen breit angelegt sein, exemplarisch sind hier Lerninhalte oder Gestaltung der Räumlichkeiten zu nennen.  
321 Schüler\*innenvertretungen sind zu stärken.

322 Wir sind uns bewusst, dass die Einführung der Gesamtschule als alleinige Regelschule für alle Schülerinnen und  
323 Schüler nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Gleichwohl haben sich mittlerweile zahlreiche  
324 Bundesländer von der Haupt- und Realschule verabschiedet und sind zu einem zweigliedrigen System überge-  
325 gangen, das perspektivisch im Sinne einer Demokratisierung und Europäisierung der deutschen Schulstruktur  
326 überwunden werden kann. Hierzu ist es jedoch erforderlich, dass in beiden Säulen dieses Zwischenschritts,  
327 die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann. Die SPD muss auf diesem Feld ihren alten Reformwil-  
328 len wiederfinden und gemeinsam mit den Verantwortlichen ihrer Landesparteien Initiativen zur Reform der  
329 Schulstruktur anstoßen.

330 *e) Echte Gleichstellung jetzt – Wir wollen nicht länger warten!*

331 Politik muss sich daran messen lassen, konkret etwas für die Gleichstellung der Geschlechter zu unternehmen.  
332 Frauen bekommen in Deutschland durchschnittlich immer noch weniger Lohn als Männer. Sie sind häufiger in  
333 Teilzeit beschäftigt und stärker von Altersarmut betroffen. Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten wer-  
334 den. Wir brauchen endlich ein funktionierendes Entgeltgleichheitsgesetz. Die Digitalisierung muss auch mit  
335 Hinblick auf Gleichstellung als Chance begriffen und gestaltet werden.

336 Es muss sichergestellt werden, dass die Änderungen im Sexualstrafrecht zu „No means no“ wirksam zum Tra-  
337 gen kommen und wenn nötig ergänzt werden. Im letzten Jahr wurden 147 Frauen in Deutschland von ihren  
338 (Ex-)Partnern getötet und jede dritte Frau wird in ihrem Leben Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt.  
339 Die Täter werden viel zu selten verurteilt. Es müssen Strukturen ermöglicht werden, in denen Opfern geglaubt  
340 wird und sie Rückhalt erfahren. Beweissicherung in Fällen sexualisierter Gewalt muss ebenso besser organi-  
341 siert werden wie die Befragung von Opfern durch Polizei und in juristischen Prozessen. Wir müssen zu einem  
342 gesellschaftlichen Umdenken kommen, ein Aufschrei allein, eine #metoo Kampagne allein reicht nicht.

343 Reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung müssen dringend gestärkt werden und in einem ersten Schritt  
344 §219a gestrichen werden. Frauenhäuser müssen gestärkt werden und besser finanziert werden. Außerdem  
345 brauchen wir eine Familienpolitik, die insbesondere Familien mit wenig Einkommen unterstützt und außerdem  
346 dazu beiträgt antiquierte Familien- und Geschlechterbilder aufzubrechen. Der Großteil der Elternzeit wird noch  
347 immer von Frauen in Anspruch genommen, häufig auch da die Familien weniger Einbußen haben, wenn die  
348 Frau zuhause bleibt. Das bietet einen falschen Anreiz und muss dringend überarbeitet werden.

349 Es muss Schluss sein mit stigmatisierenden Rollenbildern, Bodyshaming, Gewalt gegen Frauen und dem se-  
350 xistischen Normalzustand. Wir brauchen einen gesellschaftlichen und politischen Fortschritt der endlich den

351 Sturz des Patriacharts, die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen und Lebensentwür-  
352 fe zum Ziel hat.

353 *f) Gerechtigkeit Global denken – unsere Welt hört nicht an der Grenze auf*

354 Die gerechte Gesellschaft kann nur eine internationale Gesellschaft sein und die SPD muss sich ihrer Aufgabe  
355 als internationalistische Partei bewusst sein. Wir müssen uns für die Rechte von Menschen einsetzen, unab-  
356 hängig von deren Herkunft oder aktuellem Aufenthaltsort. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass wir viele  
357 ernstzunehmende Probleme langfristig nur lösen können, wenn es uns gelingt sie global anzugehen. Die Eu-  
358 ropäische Union ist für uns der Ort, an dem wir sehr konkret an einer gerechteren Weltordnung arbeiten kön-  
359 nen. In Zeiten des globalisierten Kapitalismus können wir in Nationalstaaten keine hinreichenden Antworten  
360 mehr geben. Aber um der europäischen Idee eine Zukunft zu geben, müssen wir Europa jetzt verändern. Wir  
361 müssen viel stärker die Machtfrage der Wirtschaft stellen. Es muss Schluss sein damit, dass Großkonzerne na-  
362 tionale Steuerrechte gegeneinander ausspielen und sich so vor ihrem Beitrag drücken können. Schluss mit der  
363 Austeritätspolitik, die besonders vielen jungen Menschen eine Perspektive raubt! Wir wollen eine europäische  
364 Jugendgarantie, Investitionen in die Zukunft Europas, eine Finanztransaktions- und eine Digitalsteuer. Und wir  
365 werden klar Haltung zeigen gegen Nationalist\*innen wie sie etwa mit Orban und Kurz bereits in Regierungen  
366 sitzen. Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Dafür werden wir im Rahmen der anstehenden Euro-  
367 pawahl kämpfen. Ziel ist dabei auch, dass unsere Beschlüsse klar im Wahlprogramm Eingang finden.

368 Damit die SPD ihrer Rolle als Friedenspartei richtig ausfüllt, muss klar sein: Waffenexporte in autokratische  
369 Staaten oder Diktaturen lehnen wir ab. Waffenexporte in andere Staaten darf es nur in sehr begrenzten Aus-  
370 nahmen (wie Bspw. Israel) geben. Wir verlangen eine klare Positionierung der Bundesrepublik gegen das von  
371 Trump noch einmal forcierte 2%-vom-BIP-Ziel für den Rüstungshaushalt. Gleichzeitig muss – auch für eine  
372 wirksame Fluchtursachenbekämpfung – die Entwicklungshilfe ausgebaut werden. Das 0,7 % Ziel, welches auch  
373 dieses Jahr wieder verfehlt wurde, kann dabei nur ein Anfang sein.

374 *g) Umwelt und Gerechtigkeit – Lasst uns unseren Planeten übrig!*

375 Nachhaltigkeit und der Schutz der Umwelt sind vor allem in unserer Generation wichtige Themen. Die ver-  
376 schiedenen Klimakatastrophen der letzten Jahre haben uns radikal vor Augen geführt, dass die Dauerhaftigkeit  
377 menschlichen Lebens auf diesem Planeten durch unsere Art des Lebens und des Wirtschaftens stark in Frage  
378 gestellt wird. Für unser tägliches Leben und Handeln gibt es klar erkennbare planetare Grenzen. Der Kapitalis-  
379 mus hinterlässt nicht nur in den Gesellschaften unserer globalisierten Welt tiefe Spuren, sondern schreibt sich  
380 tief in unsere Erde ein. Schon heute gibt es auf unserem Planeten ganze Regionen, in denen die natürlichen  
381 Grundlagen menschlichen Lebens zerstört wurden. Leidtragende dieser Entwicklungen sind sowohl global als  
382 auch in der Bundesrepublik häufig zunächst die Ärmsten unserer Gesellschaften. Deshalb ist Klimapolitik aus  
383 unserer Perspektive auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit und gehört auf die sozialdemokratische Agen-  
384 da!

385 Ein politisches wie gesellschaftlich stark umkämpftes Thema ist dabei die Frage der Energieversorgung und des  
386 Umgangs mit fossilen Energieträgern. Die Sozialdemokratie hat hier als Schutzmacht von Arbeitnehmer\*innen  
387 sowie als Vorkämpferin für globale Gerechtigkeit eine besondere Verantwortung, die wir als Jusos annehmen  
388 wollen. Uns ist bewusst, dass der Wandel im Energiesektor auch ein Wechsel von Marktanteilen ist und folglich  
389 auf den erbitterten Widerstand von großen Energiekonzernen stoßen wird. Wir sprechen uns dennoch für eine  
390 Energie-Revolution aus, die den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Folgen des  
391 damit einhergehenden Strukturwandels vorantreibt. Quasi-genossenschaftlich organisierte Unternehmen, die  
392 ihren Strom weitgehend kostenneutral an Kund\*innen weitergeben, machen uns dieser Tage vor, wie es gehen  
393 kann. Und das kann die öffentliche Hand auch.

394 Eine der großen Fragen dieser Tage ist zu Recht die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Sie kann einen effektiven Hebel darstel-  
395 len, um gewünschte Entwicklungen zur Einsparung von Treibhausgasen beschleunigen zu können. Wir unter-  
396 stützen vor diesem Hintergrund im Grundsatz die aktuellen sozialdemokratischen Vorschläge für eine höhere  
397 Bepreisung, die Verbraucher\*innen nicht zusätzlich belastet. Diese Strategie wird jedoch nur aufgehen, wenn  
398 neben der Industrie auch die Bereiche Verkehr und Wärme in den Fokus genommen werden. Insbesondere  
399 der seit Jahren von der CSU verantwortete Verkehrssektor trägt heute noch viel zu wenig zu den notwendigen  
400 Einsparungen bei und ist auf den sich längst vollziehenden technologischen Wandel absolut unzureichend vor-  
401 bereitet. Das gefährdet nicht nur das Klima, sondern ganz konkret auch die Arbeitsplätze der Zukunft.



402 Ziel ist unter anderem die Etablierung einer Energieversorgung in öffentlicher Hand. Öffentliche Daseinsfür-  
403 sorge darf nicht dem vermeintlich freien Spiel des Marktes überlassen werden. Deutschland muss mittelfristig  
404 seinen Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken. "Wir Jusos wiederholen an dieser Stelle,  
405 dass der Kohleausstieg eine Notwendigkeit ist, und halten einen Komplettausstieg aus ihrer Verstromung bis  
406 2035 für erstrebenswert und geboten. Gleichwohl haben die Debatten der vergangenen Wochen und Monate  
407 gezeigt, dass wir als Verband jenseits von Jahreszahlen noch keine Konzepte dafür haben, wie wir den Ausstieg  
408 aus der Kohle sozialverträglich organisieren und strukturpolitisch rahmen. Hier liegt für unseren Verband ein  
409 herausforderndes Tätigkeitsfeld, dem wir uns im kommenden Jahr auf Bundesebene widmen werden. Dabei  
410 wollen wir uns von einer Haltung leiten lassen, die sich durch die Verknüpfung des ökologisch gebotenen mit  
411 dem sozial notwendigem auszeichnet. Aus der Perspektive eines sozialistischen Jugendverbandes muss es in  
412 der Frage des ökologischen Wandels nämlich auch darum gehen, den Betroffenen der Energierevolution auf-  
413 zuzeigen, dass diese nicht auf ihrem Rücken ausgetragen wird und ihnen auch in Zukunft Perspektiven für  
414 gleichwertige und wohnortnahe Beschäftigung geboten werden. Gleichzeitig müssen wir den vorwiegend na-  
415 tionalen Rahmen der Klimadiskussion sprechen und Widersprüche klären, die sich zum Beispiel durch den  
416 gegenwärtig prognostizierten Import von Kohle- und Atomstrom aus unseren europäischen Nachbarstaaten  
417 ergeben.

418 Diese inhaltlichen Punkte verstehen wir als grundlegend aber keinesfalls als abschließend. Um als Verband  
419 die anstehenden Prozesse weiter zu begleiten, werden wir im nächsten Jahr unsere Inhalte zusammentragen,  
420 diskutieren und wo notwendig weiterentwickeln. Ziel ist die Formulierung eines aktualisierten jungsozialisti-  
421 schen Programms, das unter anderem an die Tradition der Herforder Thesen sowie der 63 Thesen für eine  
422 Linke der Zukunft anknüpft. Der Prozess umfasst Inputs aus unseren Ideenlaboren, der Bündnisarbeit, den  
423 Verbandsprojekten, sowie eine Gesamtschau unserer Beschlusslagen seit den 63 Thesen. Er soll den Links-  
424 wendekongress erfassen und letztlich in einer Beschlussfassung auf dem Bundeskongress 2019 münden. Der  
425 Juso-Bundesvorstand wird im Rahmen seiner bisherigen Planungen gezielt Räume für diesen Prozess schaf-  
426 fen.

## 427 ***II.2 Jünger, weiblicher, linker? Das letzte Jahr und die Machtfrage in der SPD***

428 Die Erfahrungen seit dem letzten Bundesparteitag machen deutlich: Wir müssen die Machtfrage in unserer  
429 Partei stellen. Deshalb werden wir auf dem nächsten Wahlbundesparteitag mit mehreren frischen Genoss\*In-  
430 nen antreten und junge und linke Kandidat\*Innen bei ihren Kandidaturen unterstützen. Ziel muss es sein,  
431 die Mehrheitsverhältnisse in der SPD zu ändern und somit das Fundament für fortschrittliche Politik zu schaf-  
432 fen. Dafür muss im Vorfeld kluge Bündnisarbeit in der Partei geleistet werden. Wir wollen dabei mit allen  
433 zusammenarbeiten, die mit Stillstand in der SPD unzufrieden sind, ihre Hoffnung auf einen linken Zukunfts-  
434 und Politikentwurf setzen und dabei bereit sind, diese Positionen konsequent gemeinsam zu vertreten. Linke  
435 Mehrheiten in der SPD müssen sich endlich politisch durchsetzen. Hierzu gehört allerdings auch, dass wir die  
436 bisherigen Bündniskonstellationen kritisch evaluieren.

## 437 ***II.3 Doppelstrategie leben – PartnerInnen in der politischen Linken suchen.***

438 Wir Jusos werden uns aber nicht nur innerhalb unserer Partei für linke Politik stark machen, sondern engagie-  
439 ren uns zudem in linken Bündnissen. Diesen Einsatz im Sinne der Doppelstrategie begreifen wir als Teil eines  
440 weitergehenden Kampfes für eine sozialistische und geschlechtergerechte Gesellschaft. Es ist uns ein Anliegen,  
441 neue linke Bewegungen aufzubauen und zu unterstützen, die ausgehend von den gegenwärtig entstehenden  
442 Möglichkeiten progressiver Politik gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. Autoritäre Besser-  
443 wissler\*innen-Zusammenschlüsse, die sich aus Imagegründen Bewegung nennen, lehnen wir ab.

444 Gemeinsam mit anderen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen haben wir daher den Versuch begon-  
445 nen, gemeinsam Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu erarbeiten und wollen künftig mit gemeinsamen  
446 Aktionen als starke linke Bewegung in Erscheinung treten. Diese Bewegung heißt #OurFuture – holen wir uns  
447 unsere Zukunft zurück! Der OurFuture-Prozess soll die gesellschaftliche Linke übergreifen: von der radikalen  
448 Linken bis zur bürgerlichen Mitte, antikapitalistische und ökologische Gruppen, Gewerkschaften und feminis-  
449 tische Bewegungen, antirassistische und transnationale Organisationen kommen zusammen und erarbeiten  
450 gemeinsam eine Perspektive, Strategie und konkrete Aktionen, um zusammen bessere Verhältnisse zu er-  
451 kämpfen. Dabei wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die sich auf einen emanzipatorischen Konsens eini-  
452 gen können. #OurFuture ist eine fortschrittliche Bewegung – wir wollen hinter keine der Errungenschaften,  
453 die wir in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, zurück. Unser Konsens ist also feministisch, transnational,

454 antiautoritär und klar gegen jeden Rassismus und Antisemitismus.